



Zusatzinformationen zur Pressemitteilung am 08.02.2008, 12:00 Uhr

Gesamtschulen weiter im Aufwind

Anmelderunde 2008

Die Anmelderunde im Jahr 2008 weist es nach: Die Gesamtschule boomt weiter – die Eltern stimmen wieder wie in den vergangenen Jahren mit den Füßen ab.

- Eltern wählen Gesamtschulen, weil sie sich wünschen, dass die Schullaufbahn ihres Kindes offen bleibt. Gesamtschulen stecken die Kinder nicht in Schubladen.
- Es gibt an Gesamtschulen kein „Abschulen“. Dagegen müssen viele Kinder im gegliederten Schulsystem die Schule wechseln, meist in Richtung nach „unten“.
- Viele Eltern wünschen sich eine Schule, in der ihr Kind länger gemeinsam mit den anderen Kindern lernen kann.
- Sie wählen die Gesamtschulen auch, weil Gesamtschulen in den Kommunen verankert sind, ein attraktives pädagogisches Profil erarbeitet haben, die Zusammenarbeit mit den Eltern suchen, weil sie insgesamt gute Arbeit leisten.

Die Anmeldezahlen von 134 der insgesamt 201 öffentlichen Gesamtschulen in NRW sind ausgezählt. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Etwa 25 % der Viertklässler werden an einer Gesamtschule angemeldet. Fast 9 % aller Viertklässler finden keinen Platz.
- Insgesamt können in NRW rund 30.000 Kinder in die 5. Klassen der Gesamtschule aufgenommen werden. Die bisher ausgezählten Anmeldungen lassen erwarten, dass auch in diesem Jahr über 15.000 Kinder abgelehnt werden müssen.
- Dieser Überhang verteilt sich nicht gleichmäßig über alle Städte und Kommunen. Es gibt Kommunen, in denen der Überhang so groß ist, dass eine Neugründung zwingend erforderlich wird, will man dem Elternwunsch nachkommen z.B.:

<i>Kommune bzw. Kreis</i>	<i>Plätze in Klasse 5</i>	<i>Anmeldungen</i>	<i>Abweisungen</i>	<i>Verhältnis Abweisungen zu Anmeldungen</i>
Ahlen (Kr. Warendorf)	168	312	144	46,2%
Bonn	518	1112	594	53,4%
Goch (Kr. Kleve) ¹	140	420	280	66,7%
Rhein-Sieg-Kreis	476	1044	568	54,4%
Siegen	252	590	338	57,3%
Soest (Kr. Soest)	112	244	132	45,9%
Solingen	476	902	426	47,2%

¹ Zahlen aus 2007; Zahlen für 2008 liegen noch nicht vor

Trends

Eltern sind angesichts der strukturellen Starre und der gleichzeitig vielen Änderungen im Schulsystem verunsichert.

- Den Eltern wird durch die öffentliche Diskussion deutlich, dass prognostische Aussagen über die Schullaufbahn von 10-jährigen Kindern nicht möglich sind. Die Verbindlichkeit der Grundschul-Empfehlungen steht dazu im Kontrast. Eltern haben zu recht große Anerkennung für die pädagogischen Arbeit der Grundschul-Lehrerinnen, aber sie haben immer weniger Vertrauen in deren hellseherischen Fähigkeiten.
- Die nicht durchdachte Verkürzung der Zeit bis zum Abitur im Gymnasium (die Einführung von „G8“) hat zu weiterer Verunsicherung geführt. Gleichzeitig wird durch das Zentralabitur die Gleichwertigkeit zwischen dem Abitur am Gymnasium und den Gesamtschulen deutlich. Viele Gesamtschulen verzeichnen eine deutliche Zunahme von leistungsstarken Kindern.
- Es gibt kaum Eltern, die wünschen, dass ihr Kind die Hauptschule besucht. Es gibt kein Konzept, das die Hauptschule dauerhaft stärken kann. Es nützt auch nichts, wenn man diese Schulen personell besonders gut ausstattet und zu Ganztagschulen macht.

Bildungspolitische Forderungen der GGG:

Eine Schule für Alle und Gesamtschulneugründungen

- Die GGG NRW hält es für unerlässlich, das Schulsystem in die Richtung des längeren gemeinsamen Lernens zu reformieren. Unser Ziel ist die Eine Schule für Alle bis zum Ende der Sekundarstufe 1.
- In Städten mit sehr großem Überhang ist die Gründung neuer Gesamtschulen geboten.
- Es gibt Regionen, in denen es überhaupt kein Gesamtschul-Angebot gibt. Das trifft vor allem für einige ländliche Kreise zu (z.B. Hochsauerlandkreis und die Kreise Olpe und Höxter). Um gleiche Bildungschancen im gesamten Land zu erreichen, ist auch hier ein Gesamtschulangebot unerlässlich.
- Auch angesichts der demografischen Entwicklung ist das Zusammenfassen von Schulformen ein sinnvoller Schritt, um vor Ort ein vollständiges Bildungsangebot zu erhalten.

Bildungspolitische Antworten der Landesregierung:

Stärkung der Hauptschule und

Verhinderung der Neugründung von Gesamtschulen

Was macht die Landesregierung angesichts der Anmeldezahlen der Gesamtschulen?

Sie fürchtet jede Diskussion um die Schulstruktur und die Gründung einer neuen Gesamtschule wird von der Landesregierung mit aller Macht verhindert, indem immer neue Hürden aufgebaut werden und die Eltern dadurch verunsichert werden. Ist eine Gesamtschule erst einmal gegründet und zeigt sie durch ihre Arbeit, welchen Wert gemeinsames und erfolgreiches Lernen hat, steigert sich in der Regel ihre Attraktivität.

Durch viele Beispiele ist belegt: Die Anmeldezahlen einer neu gegründeten Gesamtschule werden auch in den folgenden Jahren weiter steigen. Deshalb heißt es hier offenbar: Wehret den Anfängen!

Die Beispiele Bonn und Siegburg verdeutlichen dieses Vorgehen.

Der Fall Bonn

In einer Meldung des WDR wurde am 29.01.2008 eine Mitteilung der Stadt Bonn referiert:

„In Bonn reichen die Anmeldezahlen für eine vierte Gesamtschule nach Angaben der Stadt nicht aus. Nur etwa 40 von 400 angemeldeten Kindern hätten eine Empfehlung ihrer Grundschule für das Gymnasium. Damit sei die Quote, wonach ein Drittel der Kinder eine Eignung haben müsse, nicht erreicht. Für die drei Bonner Gesamtschulen in Tannenbusch, Bad Godesberg und Beuel lagen rund 1100 Anmeldungen vor. Fast alle Kinder konnten hier angenommen werden.“

Die Wahrheit ist: Nach Angaben der Bonner Stadtverwaltung wurden von 1112 angemeldeten Kindern 518 in den drei Gesamtschulen aufgenommen, d.h. es wurden weit mehr abgelehnt als aufgenommen!

Die vierte Gesamtschule wird in Bonn seit Jahren gefordert. Eine Neugründung wird durch nahezu wortgleiche Intervention von Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann und des Schulministeriums verhindert. Angeblich kommen von den 594(!) abgelehnten Schülerinnen und Schülern 189 nicht aus Bonn, unter den restlichen 405 haben nur 38 eine mindestens eingeschränkte Empfehlung der Grundschule für das Gymnasium. „Die vom Landesgesetzgeber geforderte Leistungsmischung der Schülergruppen für eine weitere Gesamtschule wurde in Bonn auch in diesem Jahr nicht erreicht.“ (Pressemitteilung der Stadt Bonn am 28.01.2008)

Fall Siegburg

Auch dieser Fall macht deutlich, welchen Einfallsreichtum das Schulministerium entwickelt, um die Neugründung von Gesamtschulen gegen den Elternwillen und gegen geltendes Recht zu verhindern.

Hürde 1: Kein Ganztagsbetrieb

Das novellierte Schulgesetz lässt es zu, dass Gesamtschulen auch als Halbtagschulen gegründet werden können. In dem Glauben, dass die Attraktivität der Gesamtschulen sich aus dem Ganztagsbetrieb bestimmt, sollte so die Gründung verhindert werden. Es zeigte sich allerdings, dass Eltern an Gesamtschulen das Offenhalten der Schullaufbahn besonders schätzen. Es gab immer noch genügend Interesse, dass ein Anmeldeverfahren durchgeführt werden musste.

Hürde 2: Mindestens ein Drittel der Kinder mit Gymnasialempfehlung

Beim Anmeldeverfahren müssen 112 Anmeldungen erreicht werden. Da diese Zahl nach den vorausgegangenen Umfragen zu erwarten war, erfand die Landesregierung – wie in Bonn – das Argument der Heterogenität. Als Auflage für die Neugründung wurde bestimmt, dass ein Drittel der angemeldeten Schülerinnen und Schüler eine Eignung für das Gymnasium vorweisen müssen. (Dies ist weder durch das Schulgesetz noch irgend eine andere Rechtsnorm vorgeschrieben!) Zudem macht die im internationalen Vergleich sehr geringe Quote höherer Abschlüsse in der Bundesrepublik deutlich, dass die Zuweisung im 4. Schuljahr nicht der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Kinder entsprechen kann. Viele Kinder entwickeln sich in der Sekundarstufe 1, zeigen ihre Leistungsfähigkeit und erhalten – ganz im Gegensatz zu mancher Prognose – höherwertige Abschlüsse.

Hürde 3: Keine Kinder aus Nachbargemeinden

Es wird behauptet, dass Kinder aus Nachbargemeinden bei dem Quorum „112“ nicht berücksichtigt werden dürfen. Auch diese Position ist rechtswidrig. Es ist von mehreren Gerichten entschieden worden, dass alle angemeldeten Kinder eine Chance auf Aufnahme haben müssen, gleichgültig wo sie wohnen. Also sind sie auch zu zählen!

Durch seine Forderungen hat das Schulministerium in Siegburg Unsicherheit und Angst erzeugt. Die so herbeigeführte Situation, in der unklar ist, ob es wirklich zu einer Neugründung kommen wird, hat manche Eltern davon abgehalten, ihr Kind anzumelden. Die Neugründung ist – zunächst einmal – gescheitert.